

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kraske.
Druck u. Verlag: Auer Tagblatt-Verlag, A. S. Kraske, Erzgebirgische Str. 11.
Kasselerstr. 11.
Telefon: 1111.
Kasselerstr. 11.
Telefon: 1111.

Nr. 6.

Sonnabend, den 8. Januar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Im Hinblick auf die Tätigkeit des Kommunisten als ein Zusammenschluss der beiden sozialistischen Parteien in Sachen in die Wege geleitet werden. Der Vereinigungsgedanke hat offenbar seine Wege in der wahnwitzigen Richtung des Rechtssozialismus.

Einigungsverhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnbeamten haben gestern formellen Charakter gefunden. Reichsverkehrsminister Erdner hat das Abkommen unterzeichnet und wird es dem Reichskabinett zur Genehmigung empfehlen.

Wie wir aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren, ist die Nachricht, wonach eine Erhöhung der Eisenbahntarife um 100 v. H. bevorsteht, unzutreffend. Eine Erhöhung ist zwar beabsichtigt, doch hält sie sich erheblich unter einem Satz von 100 vom Hundert.

Die Morning Post berichtet: Die Weltkammerkonferenz hat den General Kollat beauftragt, bis zum 15. Januar die Entlassung der bayerischen Einwohnermehrer dem alliierten Rat zur Anzeige zu bringen.

In dem jetzt bekanntgegebenen Programm der Pariser Entente-Konferenz am 19. Januar ist der Hauptpunkt die Entlassung Deutschlands.

Die Kohlenverhandlungen in Paris

Paris, 7. Jan. Aus Paris kommen wieder einmal able Nachrichten. Die Verhandlungen über die Verlängerung des Spa-Abkommens hinsichtlich der Kohlenlieferungen, das am 31. Januar 1921 abgelaufen ist, stehen schlecht, stehen vor einer Krise. Der Grund dafür ist in den überhöhten Ansprüchen der Reparationskommission zu suchen, die die Verhandlungen mit der deutschen Kriegslastenkommission, an deren Spitze Staatssekretär Bergmann steht, führt. Vor allem sei einmal festzustellen, daß wir unter Aufbietung aller unserer Kräfte und unter Schädigung unserer Industrie die Verpflichtungen erfüllt haben, die uns aus dem Kohlenabkommen erwachsen sind. Wir haben im Oktober 1920 sogar mehr geliefert, als wir zu liefern brauchten, weil wir die kommenden Transporterschwierigkeiten voraussehen. Wenn jetzt trotzdem Rückstände eingetreten sind, so ist das nicht unsere Schuld, sondern selbst die Franzosen werden doch wohl nicht daran denken, uns unter anderem für das Hochwasser des Rheins verantwortlich zu machen, das mit zum großen Teil die Transporterschwierigkeiten verursacht hat. Zum anderen sei aber ebenso klar festgestellt, daß die gegnerische Vertragspartei die Versprechungen, die uns in Spa feierlich gegeben worden sind, nicht gehalten hat. Lloyd George und de la Croix haben in feierlicher, protokolliert festgelegter Form zugesichert, daß wir bei den Lieferungen von Kohle aus Oberschlesien in satirer Form berücksichtigt werden sollten. Das ist nicht geschehen, und jetzt will man sogar unsere Kohlenbezüge aus Oberschlesien, die gar nicht erhöht worden sind, noch verkürzen. Dann hat man uns ebenfalls feierlich versprochen, für die bessere Ernährung der Ruhrbergleute Sorge zu tragen zu wollen. Auch das ist nicht geschehen, und wie wir erfahren, besteht jetzt auf alliierter Seite auch keine Neigung mehr, die Kohlenvorschuße und Goldmarkprämien weiterhin zu bezahlen. Nur auf Grund dieser letzten Zugeständnisse haben wir aber seinerzeit das Kohlenabkommen in Spa unterschrieben. Werden uns diese Zugeständnisse jetzt streitig gemacht, so können wir einer solchen neuen Regelung auf keinen Fall zustimmen, besonders dann nicht, wenn man bedenkt, daß von uns die Nachlieferung der Rückstände in Höhe von 250 000 Tonnen für die Monate Februar und März verlangt wird, und daß zudem noch eine Steigerung der gesamten Kohlenmengen von zwei Millionen Tonnen, wie sie das Spa-Abkommen vorsah, auf 2,2 Millionen Tonnen gefordert wird. Dadurch wird aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgedrückt, was er einfach zu liefern nicht in der Lage ist. Die deutsche Regierung wird, wie wir erfahren, in einer Darstellung unserer Kohlenlage auf die Unmöglichkeit dieses Begehrens hinweisen. Wir müssen aber verlangen, daß sich die Haltung der Regierung nicht damit erschöpft, sondern daß sie fest bleibt gegenüber allen Forderungen der Entente, die unmöglich und unberechtigt sind.

Dr. Wirth über das Finanzproblem.

Neue Belastungen — neue Steuern.
Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates legte gestern der Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Finanzlage und Deckungsabwägungen des Finanzministeriums für das vorhandene Defizit dar. Aus den Mitteilungen des Finanzministeriums, die zum größten Teil der Vertraulichkeit erklärt wurden, ging hervor, daß der Etat neuerdings wieder dadurch eine sehr erhebliche Belastung erfahren wird, daß das Kabinett aus politischen Gründen in Abwesenheit des Finanzministers beschlossen hat, ein Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Eisenbahner zu zeigen. Falls diese Forderungen in der Höhe bewilligt werden sollen, wie sie beantragt sind, so würde sich daraus eine Mehrbelastung von 6 Milliarden ergeben. Dazu kämen aber eventuell noch die Entlastungen der Gemeinden und Länder aus den auto-

matisch sich ergebenden Zusatzforderungen ihrer Beamten erheben würden. Der Finanzminister erklärte, daß er seine Stellung zu einem Entgegenkommen gegenüber den Beamten im Kabinett und im Reichstage davon abhängig machen werde, daß für die eventuelle Bewilligung auch gleich die Deckungen sichergestellt werden. Der Minister sagte im wesentlichen Tarifserhöhung der Eisenbahn, Erhöhung der Postgebühren neben verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeiten ins Auge. Das Budget des Jahres 1921 wird nach der Auffassung des Finanzministers, wie er im einzelnen aus einander setzte, unter der Voraussetzung, daß die bisher im Ordinarium gebuchten Zuschüsse für die Ernährungswirtschaft auf das Extraordinarium genommen oder ganz vermieden werden können im ordentlichen Etat einen Mehrbedarf von mindestens 7 Milliarden Mark ergeben. Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen ging der Finanzminister dazu über, die neugeplanten Steuern und Steuererhöhungen zu erörtern, wobei er ausdrücklich betonte, daß ein weiterer Ausbau der direkten Steuern unmöglich sei. Der Minister ließ auch keinen Zweifel daran, daß nach der heute gültigen Steuererhebung die Gehaltsklasse des Reiches, namentlich nach der Festsetzung der Zuschüsse an die Feinde, nicht gedeckt werden können. Dazu müßten neue Wege eingeschlagen werden. Insbesondere wird sich zeigen, daß jede Finanzpolitik letzten Endes Wirtschaftspolitik ist, und dann, so schloß der Finanzminister, wird die große Stunde des Reichswirtschaftsrates gekommen sein dann ist die Arbeit der Sachverständigen notwendig.

An die Ausführungen schloß sich eine lebhafte Debatte, an der sich u. a. auch der sächsische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Ministerialdirektor Graf v. Solzenborn, beteiligte. Die Anregungen in der Debatte berührten wesentlich Fragen der Lebensmittelversorgung und der Erwerbslosenfürsorge. Es wurde darauf beschlossen, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen die Frage der Wiederbereitstellung der aus dem Export gewonnenen Devisen zu setzen und zu der Verhandlung die Reichsminister der Finanzen der Wirtschaft und der Ernährung, sowie die Präsidenten der Reichsbank zu laden. In einem Schlusswort sagte Georg Bernhardt als Vorsitzender des finanzpolitischen Ausschusses den Eindruck der Darlegungen des Finanzministers für die Ausschussmitglieder dahin zusammen, daß nicht bloß die höheren Ziffern des Bedarfs, sondern beinahe mehr noch die parteipolitischen Schwierigkeiten, die allen Steuerprojekten im Kabinett und im Reichstage bereitet werden, das schwerste Hindernis einer wirklichen Sanierung der deutschen Finanzen sei.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise.

W. W. Alles Verhängliche ist nur ein Gleichnis. Das Wort Goethes paßt auch auf Ursachen und Verlauf der Wirtschaftskrise, deren Welterregung nachgerade über alle Erdteile hinausflutet. Wer heute behauptet, daß das kapitalistische System unter den Wirkungen der Krise zusammengebrochen sei, kann sich zum Beweis dafür darauf berufen, daß die Wirtschaftsgeschichte Krisen von ähnlicher Mächtigkeit und Tiefe noch nicht erlebt habe. Es ist indes klar, daß die Wirtschaftskrisen des industriell-kapitalistischen Zeitalters wesentlich anders verlaufen müssen, als die im Zeitalter des Merkantilismus. Ebenso ist klar, daß Krisen, die zu Beginn des industriell-kapitalistischen Zeitalters einsetzten, nicht so nachhaltig und mächtig in die Tiefe und in die Breite wirken konnten wie die Krisen, die das hochentwickelte kapitalistische System heimsuchen. Wir müssen uns daran erinnern, daß dies kapitalistische System nicht nur eine reinlich vorläufige Phase, sondern eine dauerhafte Organisation der Verteilung der Rohstoffe und Lebensmittel über den ganzen Erdball. Erst die Ausbildung des kapitalistischen Systems machte es möglich, Schiffsahrtslinien nach allen Erdteilen einzurichten, neue Industrien zu gründen, neue Bedürfnisse zu wecken und zu befriedigen. So hat es die Technik des internationalen Getreidehandels geradezu fertig gebracht, daß — trotz wiederholter Missernten in einem Lande — niemals eine Hungersnot in diesem Lande aufzutreten brauchte. Der internationale Getreidehandel, der enghemisig verbunden war und reibungslos ineinandergriff, hat es nahezu fertig gebracht, den Austausch zwischen den Getreideüberschuß- und Getreidezufuhrländern so zu organisieren, daß nirgendwo Mangel eintrat. Allerdings wurden trotzdem Rußland und Indien, die beide als Lieferländer galten und gelten, regelmäßig von Hungertreibern heimgesucht. Nur war das nicht die Schuld des internationalen Getreidehandels, sondern die Schuld der Regierungen, die es nicht verstanden, die Erzeugung in diesen Ländern zu heben und für eine bessere Verteilung zu sorgen. Wie es vor dem Kriege für den internationalen Handel der Fall war, so auch für den Baum-

wirtschaft, den Metallhandel, den Tabakhandel, so wie für alle Rohstoffe von Bedeutung und Wert. Das alles war international organisiert. Die Bremer Baumwollhändler hatten nicht nur ihre Vertreter in Liverpool, vielmehr auch in New Orleans, in Alexandria und Bombay. Der Krieg zerriß dies feinmaschige Netz, das seine höchste Vollendung und Entwicklung noch gar nicht erreicht hatte. Das Ziel war, Krisen und Mängel zu machen oder doch so abzuschwächen, daß sie den organischen Kreislauf der Wirtschaft nicht störten. Es ist nicht oder noch nicht gelungen, das Netz, das im Kriege zerriß, wieder herzustellen. Das wird noch Jahre dauern, da es sich ja um das Ergebnis einer Entwicklung handelt, die in ihren Anfängen fast 100 Jahre zurückliegt. Schwere Krisen haben Europa nach großen Kriegen stets heimgesucht. Dies waren aber auch die Geburtswehen des kapitalistischen Systems. Die internationale Krise der Gegenwart ist das Ergebnis der Zerbrüchung der internationalen Wirtschaft und ihrer Handelsorganisation im Kriege. Die Heilung braucht Zeit. Sie kann durch soziale Erdbeben verzögert werden, aber sie ist unvermeidlich, weil die Bedürfnisse und Interessen der Menschen als Triebkräfte der Entwicklung nicht auszuhalten und abzudrosseln sind.

Eine kurze Landtagsitzung.

Sundstift gab der Präsident gestern bekannt, daß ein Antrag über die Straßverteilung des Abg. Kradtke wegen Verleumdung eingegangen ist. Zum 1. Punkt der Tagesordnung. Antrag der Deutschnationalen, so schnell wie möglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Vergütung von Gebäudeschäden bei der Landesbrandversicherung anzufertigen, nahm der Minister des Innern Ullrich das Wort, um mitzuteilen, daß das Gesetzentwurfministerium sich heute mit einer entsprechenden Vorlage befaßt wird. Abg. Karst (Dnt.) erklärte, durch die Erklärung des Ministers sei der Zweck des Antrages erfüllt und er sprach die Hoffnung aus, daß sich auch hier bewährten möge, daß das gut wird, was lange währt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag der Unabhängigen auf Änderung der Geschäftsordnung. Da niemand zur Begründung des Antrages erschienen ist, erklärt der Präsident die Angelegenheit für erledigt und die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Dienstag, 11. Januar, mittags 2 Uhr. Tagesordnung: Erwerbslosenunterstützungsfragen.

Verhandlungen der Landtagsfraktion mit den Erwerbslosen.

Wie wir gestern mitteilten, hatte es am Donnerstag die Kammer zwar abgelehnt, die Deputation der Erwerbslosen zu hören, es wurde aber sofort ein Ausschuss, bestehend aus je einem Mitglied aller Fraktionen, ausschließlich der Kommunisten, gebildet, der mit der Deputation der Erwerbslosen auch sofort verhandelt hat. Über den Gang der Verhandlungen wird von beteiligter Seite folgendes mitgeteilt: Den Vorsitz im Ausschuss führte Abg. Kellisch (Soz.). Er führte aus, daß die Fraktionen durch ihre Vertreter bereit seien, die Wünsche der Erwerbslosen entgegenzunehmen, daß Erklärungen und Zusicherungen ohne Rücksicht mit den Fraktionen aber nicht gegeben werden könnten. Der Führer der Erwerbslosen, der Dresdner Fröngel, berichtete darauf über die Notlage der Erwerbslosen und begründete die Forderungen, wie sie in dem kommunistischen Antrag enthalten sind. Andere Redner beschwerten sich über die Schikane der heutigen Kontrolle, die durch weite Wege erschwert werde. Ein Redner behauptete, daß eine Delegation, die von auswärts gekommen sei, bereits am Bischofsweg auseinandergetrieben worden wäre. Von den Angeordneten wurden einige Fragen gestellt über die Höhe der Unterstufungen und über die Häufigkeit der Kontrolle. Es wurde der Deputation zugesichert, daß am Dienstag die Angelegenheit in der Kammer eingehend und sachlich besprochen werden solle. Damit war die Deputation der Erwerbslosen einverstanden. Die Besprechung verlief ohne jeden Zwischenfall. Irigandweicher Beschluß wurde nicht gefaßt.

Anträge im Landtage.

Dem Landtag ist ein Zusatzantrag der Kommunisten, die Ausperrung von Arbeitern in der Waggonfabrik Werdau betreffend, zugegangen, in dem sie die Einsetzung eines Wirtschaftsausschusses fordern, der aus je vier Vertretern jeder in Sachen vorhandenem Industrie bestehen und die Allgemeinheit vor der Souveränität und die Betriebsräte vor willkürlichen Maßnahmen der Unternehmer schützen soll. — Ein Antrag der Unabhängigen fordert, das Gesetz über die Bestrafung der Leibesstrafe in Verbindung mit Verbrechen vom 8. Februar 1894 mit Nachträgen durch Gesetz aufzuheben. — Die Deutsche Volkspartei stellt den Antrag, den Haushaltsausschuss B zu beauftragen, alsbald mit Vertretern der Staatsregierung und mit anderen Sachverständigen in Erörterungen einzutreten, wie der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit begegnet werden kann, insbesondere durch weitere Straßen- und Wasserbauten, Fortarbeiten, Landmellorisation, Siedelungen, Beschaffung von Reichsaufträgen usw.

Wollungscheln,
Wollen, haben
e bezubringen
e Knabenstraße
Hulgebäude an
von 4—6 Uhr,
b 30. Januar,
alle zu Hause,
get.
Post. Dntel.
1909. Nachm.
ends 1/8 Uhr
governein mit
r. Goethestr.
Pfarrhauslaas
Post. Herzog.
großen Pfarr-
Donnerstag,
Berein junger
Post. Herzog.
b der Kinder-
großen Pfarr-
blenst, Welche
Fr. Böhme.
Fr. Böhme.
or Ebert). —
2 Uhr Tauf-
Die nächste
Straße 7).
ent. Freunde
nanden-
feln
120 M. an
- Stiefel
Mark an.
Ausführung
renhaus
Kaiser,
Markt 5.
ysia
ka o
bladen
este Qual.
Preisen nur
estr. 3
thaus
kstempel
darf liefert
geblatt.
malz
gar.
rein
margarine
koslett
armeladen
Qualitäten
cht
billig
algeschäst
ochmuth
apl-Str. 10.
ofa
teert billigst
er Zeit
Gauger
entabrik, Aue
im Bettinplatz
haussschne
45.— Mart.
uhwarenhaus.
BERT
PEL
Geschäft
anstell
ngstisch
ählig. Preisen
Auer Kaffee
nte u. Speise-
e, Gerstl. Wasch
— Carolalt.
s Bild
zu verkaufen.
1920. 4. 3 Tr.